

Pressemitteilung zum Internationalen Frauentag am 8. März

05.03.2020 11:53

Die Gewalt gegen Frauen stoppen

Der mexikanische Staat muss Frauen besser schützen und konsequent gegen die Täter vorgehen.

Stuttgart, Berlin, 5. März 2020 In Mexiko sterben laut offiziellen Zahlen im Schnitt täglich zehn Frauen eines gewaltsamen Todes. Etwa 60 Prozent aller Frauen haben laut der Nationalen Menschenrechtskommission (CNDH) in ihrem Leben schon Gewalt erfahren. Die Täter sind häufig männliche Partner oder Ex-Partner.

Der gesellschaftliche Umgang mit den Feminiziden (Frauenmorden) macht Frauen oft zweifach zu Opfern. Die 25-jährige Ingrid Escamilla aus Mexiko-Stadt wurde am 9. Februar von ihrem Lebenspartner brutal ermordet. Anschließend veröffentlichten mehrere Zeitungen Fotos der entstellten Leiche. In den vergangenen Wochen folgten weitere Feminizide, darunter auch an Kindern wie der 7-jährigen Fátima, die zuvor vergewaltigt worden war. „In einem gesellschaftlichen Umfeld, in dem Drohungen und Morde an der Tagesordnung sind, muss der Staat Frauen besonders schützen“, betont Carola Hausotter, Koordinatorin der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko. „Fast immer kommen die Täter straffrei davon. Es gibt keine Abschreckung.“

Präsident Manuel López Obrador macht für die Übergriffe vor allem die neoliberale Politik seiner Vorgänger verantwortlich. Dies stößt bei feministischen Organisationen auf erhebliche Kritik. Für den 9. März wollen Frauen landesweit in den Streik treten, um gegen die Gewalt zu protestieren. Sie werfen López Obrador vor, das Thema nicht ernst genug zu nehmen. „Den abstrakten Aussagen der Regierung müssen endlich Taten folgen“, fordert Hausotter.

Neben geschlechtsspezifischer Gewalt leiden Frauen auch unter gezielter Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen. Isela González Díaz beispielsweise wird regelmäßig bedroht. Sie leitet die Organisation Alianza Sierra Madre A.C. (ASMAC), die sich seit den 1990er Jahren für die Rechte der indigenen Bevölkerung im mexikanischen Bundesstaat Chihuahua einsetzt. „Obwohl Isela González unter staatlichem Schutz steht, fühlt sie sich nicht sicher und kann kaum noch in den Gemeinden vor Ort arbeiten“, erklärt Katharina Masoud von Amnesty International Deutschland. „Individuelle Schutzmaßnahmen reichen nicht aus. Der mexikanische Staat sollte unverzüglich wirksame Schritte einleiten, um die strukturellen Gründe der Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen anzugehen und die Straffreiheit für die Täter zu beenden“.

Kontakt für weitere Informationen:

Tobias Lambert, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko, Tel: +49 (0)157 - 71 73 08 93 / presse@mexiko-koordination.de

Katharina Masoud, Referentin Amerikas bei Amnesty International Deutschland, Tel: +49 (0)30 - 42 02 48 - 403 / katharina.masoud@amnesty.de

<http://www.mexiko-koordination.de>

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko ist ein Netzwerk von: Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat, Amnesty International (Deutsche Sektion), Brot für die Welt, CAREA e.V., Initiative Mexiko, Mexiko-Initiative Köln/Bonn, México vía Berlin, Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, Missionsprokur der deutschen Jesuiten, Missionszentrale der Franziskaner, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pacta Servanda e.V., Partner Südmexikos, e.V., pax christi Kommission Solidarität Eine Welt und Promovio e.V.

[Zurück zur Newsübersicht](#)